

23. März 2005

FORUM AKTUELL

DIE REGIERUNGSERKLÄRUNG DES BUNDESKANZLERS

von Andrea Nahles und Niels Annen

Liebe Genossinnen und Genossen,

Bundeskanzler Gerhard Schröder hat am Donnerstag im Bundestag eine Regierungserklärung abgegeben. Die Rede und der anschließende Gipfel im Kanzleramt ging auf den offenen Brief von Merkel und Stoiber zurück, in dem beide Parteivorsitzenden ihren sog. „Pakt für Deutschland“ vorstellten und mit einem Gesprächsangebot verbanden. Die unfasslichen Ereignisse in Kiel haben die Rede und die Wirkung der Rede von Gerhard Schröder überlagert. In unseren eigenen Reihen gab es von denen, die sie in der Gänze im Parlament oder Phönix mitverfolgen konnten, durchaus positive Reaktionen. Diejenigen, die nur Auszüge und Printmedien verfolgt haben, waren enttäuscht: „Schon wieder Steuersenkungen...“. Es lohnt sich, die Rede genauer zu untersuchen wie wir es hier versucht haben. Sie enthält klare Angriffslinien gegen den marktradikalen Ton der Köhler-Rede, sie verteidigt sozialdemokratische Grundprinzipien, gleichwohl enttäuscht sie in ihren ökonomischen Aussagen. Zu einem klaren Kurs für eine Wiederbelebung der Binnennachfrage konnte sich Schröder wieder einmal nicht durchringen. Kernpunkte der Erklärung und Ergebnisse des „Job-Gipfels“ findet ihr auf den Seiten www.spd-online.de.

Schon in der Einleitung wird deutlich, dass sich unsere Politik grundsätzlich von dem rein marktwirtschaftlichen Gesellschaftsentwurf unserer Gegner unterscheidet, wie ihn für die Oppositionsparteien ihr Präsidenten Köhler bei seiner Rede am letzten Dienstag vor den Arbeitgebern zusammengefasst hat.

Gerhard Schröder:

„Der soziale Zusammenhalt unserer Gesellschaft ist kein Luxus, den man in schwieriger werdenden Zeiten beiseite schaffen könnte.“ Und weiter: „Wer den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft infrage stellt, wer soziale Kohäsion als überflüssiges Zierwerk in guten Zeiten betrachtet, der stellt eben nicht nur wichtige Errungenschaften von Politik und Gesellschaft in unserem Land infrage, nein, er ist vielmehr dabei, den inneren Frieden zu zerstören. Der innere Frieden ist nicht zuletzt ein ökonomisches Datum, eine Voraussetzung auch dafür, erfolgreich und effizient zu produzieren.“

Schröder ging indirekt auf weitere Aussagen von Herrn Köhler ein, etwa wenn er seine Aussage kritisiert, Deutschland hätte kein konjunkturelles sondern nur ein strukturelles Problem: *„Das ist kein konjunkturelles Problem. Ich glaube, in dieser apodiktischen Form ist das nicht ganz richtig.“*

In der Rede findet sich insgesamt ein positiverer Staatsbegriff als in den Aussagen der Agenda Rede von vor zwei Jahren: *„Mein Eindruck ist jedenfalls, dass manchmal merkwürdig argumentiert wird, wenn man einerseits alles und jedes dem Staat überlassen will, jedenfalls dann, wenn man selbst betroffen ist, andererseits aber immer über Staatsfreiheit und Staatsferne redet.“*

Die Erklärung des Kanzler enthält insgesamt 20 Vorschläge zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die an dieser Stelle nicht alle im Detail bewertet werden können. Zentrale Punkte aus Sicht der Linken seien hier dennoch genannt:

1. Jugendarbeitslosigkeit Gerhard Schröder hat diesem Thema zunächst nur rhetorisch einen hohen Stellenwert eingeräumt:

„Wer über den Arbeitsmarkt spricht, muss über Ausbildung in Deutschland reden. Wir haben in diesem Haus vielfach darüber diskutiert und auch gestritten. Wir sind schließlich dazu gekommen, zu sagen: Es ist nicht zuletzt die Verantwortung der Wirtschaft, für den eigenen Nachwuchs zu sorgen (...)Lasst mich deutlich sagen: Wer nicht ausbildet, sägt sich ökonomisch den Ast ab, auf dem er morgen zu sitzen hat.“

Allerdings sind weder in der Erklärung des BK noch nach den später geführten Gesprächen konkrete Punkte genannt worden, wie sie von der Parteilinken etwa in der letzten Sitzung des PV vorgeschlagen worden sind. Die Auflage eines JUMP XXL-Programms wurde sowohl intern wie extern abgelehnt. Siehe den Text vom Juso-Vorsitzenden Björn Böhning weiter unten.

2. Arbeitnehmerrechte Die Aussagen Arbeitnehmerrechten, insbesondere beim Kündigungsschutz und der Mitbestimmung, waren eindeutig und wurden auch in den Gesprächen mit der Opposition nicht relativiert. Insbesondere zu den immer wieder aufgestellten Forderungen der Union zu betrieblichen Bündnissen für Arbeit hat Schröder klar Stellung bezogen und die Haltung der Gewerkschaften ausdrücklich gelobt. Seine Bilanz der bereits erfolgten Lockerungen im Kündigungsschutzgesetz fällt dabei durchaus kritisch aus:

„Ich will in dem Zusammenhang eines deutlich machen: Wer geglaubt hätte - wir haben ja alle erwartet, dass es so kommt -, dass die Lockerung des Kündigungsschutzes im eben dargestellten Sinne bei den älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, bei denen über 50, zu einer massiven Einstellungswelle in den Betrieben führte, der sieht sich getäuscht. Das muss ich leider sagen (...)“

Zu betrieblichen Bündnissen: *„Man sieht doch, dass sich angesichts dessen, was wir bei der Diskussion um die Agenda 2010 vor zwei Jahren gesagt haben - gesetzlich handeln wir, wenn sich nichts bewegt -, sehr wohl etwas bewegt hat, dass es hinreichende Öffnungsklauseln gibt. Meine Bitte ist: Lasst uns auf die Einsichtsfähigkeit der Beschäftigten, ihrer Betriebsräte, ihrer Gewerkschaften setzen, die diese Einsichtsfähigkeit nachgewiesen haben, und lasst uns - es ist ja üblich geworden, sich auf Montesquieu zu beziehen - auch in diesem Fall sagen: Ein Gesetz, das nicht notwendig ist, unterbleibt besser.“*

3. Steuerpolitik

Mit besonderer Spannung sind die Aussagen zur Steuerpolitik erwartet worden. Für die Linke war dies gerade vor dem Hintergrund der Politik der letzten Jahre, die ohne beschäftigungspolitische Resultate einseitig auf steuerliche Entlastungen der Unternehmen gesetzt hat, besonders wichtig. Schröder gesteht erwartungsgemäß nicht ein das diese Politik ein schwerer Fehler war, konstatiert aber indirekt dennoch einen gewisse Erfolglosigkeit:

„Wir haben den Spitzensteuersatz, der bei unserem Amtsantritt 1998 bei 53 Prozent lag, auf 42 Prozent gesenkt. Wir haben eine uralte Forderung des Mittelstandes, nämlich die Anrechnung der Gewerbesteuer auf die Unternehmensteuer der Personengesellschaften - das ist bekanntlich die Einkommensteuer -, erfüllt. Großes Lob haben wir dafür nicht bekommen, obwohl wir es verdient gehabt hätten. Obwohl die Sache richtig war, hat es nie ein Lob gegeben.“

Interessant ist auch Schröders Aussage, *„dass Deutschland (...) eine Steuerquote hat, die im unteren Drittel des europäischen Geleitzuges liegt.“* Das hat sich vor einigen Monaten noch ganz anders angehört. Trotz dieser Aussage schlägt der Kanzler nun wie erwartet eine Absenkung der nominalen Steuersätze bei der Körperschaftssteuer vor:

„Ich schlage deswegen vor, dass wir uns miteinander - wir brauchen den Bundesrat dazu - darauf einigen, den Körperschaftsteuersatz von 25 Prozent auf 19 Prozent zu senken. Es muss glasklar sein, dass es dabei darum geht, die Finanzierung so zu gestalten, dass das Steueraufkommen durch das Schließen von Steuerschlupflöchern nicht kleiner, sondern größer wird, die Finanzierung also aufkommensneutral gemacht wird.“

Oberflächlich betrachtet ist das Signal einer weiteren Steuersenkung problematisch. Es ist daher notwendig, auf die genaue Position der Regierung zu achten. Schröder hat die Senkung des Tarifs eindeutig von einer soliden Gegenfinanzierung abhängig gemacht und sogar höhere Einnahmen in Aussicht gestellt. Das die nominalen Sätze bei der Unternehmenssteuer im Vergleich in Deutschland relativ hoch sind, wird auch von linken Ökonomen angesprochen:

„Tatsächlich sind die deutschen nominalen Unternehmenssteuersätze (Körperschaftsteuer/Einkommensteuer + Gewerbesteuer + Solidaritätszuschlag) im internationalen Vergleich hoch. Dieses Ergebnis bleibt auch bestehen, wenn man auf die in der moderneren Steuerlehre mittlerweile weit verbreiteten effektiven Grenz- und Durchschnittssteuersätze als komplexere, – theoretisch aber sehr voraussetzungsreiche und kritikwürdige – Maße für die steuerliche Belastung von Unternehmensinvestitionen übergeht, wie sie jüngst wieder das ZEW veröffentlicht hat.“ (Horn/Truger)

Die politische Auseinandersetzung wird über die Art und Weise der Gegenfinanzierung geführt werden. Das deutet sich bereits in den ersten Statements der Unionsführung und der Unternehmer an. Der Kanzler hat dazu konkrete Vorschläge gemacht:

„Ich will andeuten, in welche Richtung meiner Meinung nach eine solche Finanzierung gehen sollte. Ich glaube, es ist angemessen, zwischen der Belastung der Unternehmen und derer zu unterscheiden, denen die Unternehmen gehören. Mit der Einführung des Halbeinkünfteverfahrens haben wir das getan: Man kann die Besteuerung der Aktionäre im Rahmen des Halbeinkünfteverfahrens verändern, also die Steuerbelastung der Aktionäre vergrößern und dafür die Steuerbelastung der Unternehmen, die im internationalen Wettbewerb stehen, kleiner machen. Ich glaube, es ist auch angemessen, auf das zurückzukommen, was wir im Jahre 2003 miteinander diskutiert haben, nämlich die Frage, ob die Mindestbesteuerung nicht zur Senkung der Unternehmenssteuersätze - ich sage es ausdrücklich - erhöht werden kann. Schließlich glaube ich, dass wir beim Abbau von Steuersubventionen, den wir nicht so weit geschafft haben, wie es objektiv notwendig ist, endlich Ernst machen müssen.

Ich kann mir zum Beispiel vorstellen, dass wir bei den Steuersparmodellen die Verlustverrechnungen deutlich beschränken und auf diese Weise Raum für das schaffen, was aus Wettbewerbsgründen für unsere Unternehmen notwendig ist - was wir also machen müssen, was wir aber im Interesse der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte aufkommensneutral gestalten müssen. Anders, meine Damen und Herren, wird es nicht gehen, aber so könnte es gehen!“

Offenbar schwant der Rechten bereits, dass sich die Regierung diesmal nicht auf eine Steuersenkung einlassen wird. So schreibt ein enttäuschter Kommentator in der FAZ: „Eine Senkung der Steuersätze ist noch keine Steuersenkung. Diese Wahrheit wird manchem dämmern, wenn gründlicher über die Finanzierung der geplanten Reform der Körperschaftssteuer nachgedacht wird.“

Die Linke muss in der Debatte in den nächsten Tagen darauf achten, dass diese Position der Regierung nicht aufgegeben oder aufgeweicht wird. Die Auseinandersetzung um die Grundsatzfrage, ob Steuersenkungen Arbeitsplätze schaffen, ist mit diesem Kanzler-Vorschlag nicht vom Tisch. Im Gegenteil. Horn und Truger schreiben hierzu treffend:

„Das Ergebnis, dass die gegenwärtig von vielen geforderte Senkung der Unternehmenssteuersätze als wachstums- und beschäftigungspolitisch wenig effektiv bis sogar kontraproduktiv einzuschätzen ist, bedeutet nun nicht, dass es bei den Unternehmenssteuern überhaupt keinen Handlungsbedarf gäbe. Der Bedarf leitet sich aber gerade nicht aus wachstums- oder beschäftigungspolitischen Defiziten der deutschen Unternehmensbesteuerung her, sondern vielmehr aus der – zumindest im

Bereich der international tätigen Kapitalgesellschaften – schon seit langem unbefriedigend schwachen Aufkommensentwicklung. Angesichts der gemessen an den Ausgabenbedarfen deutlichen (und in weiten Teilen durch die Steuersenkungen der jüngsten Vergangenheit bedingten) Unterfinanzierung der öffentlichen Haushalte besteht darin ein ernsthaftes Problem. Um dieses Problem in den Griff zu bekommen, kann eine langfristig angelegte und gut vorbereitete Unternehmensteuerreform zur Schließung von Steuerschlupflöchern sinnvoll sein, bei der dann möglicherweise auch ein Spielraum für die weitere Senkung der nominalen Steuersätze besteht. Welche direkten Wachstums- und Beschäftigungseffekte von einer solchen Reform ausgehen ist a priori unklar; sie dürften tendenziell jedoch vernachlässigbar sein.“

4. Dienstleistungsrichtlinie

Zur Umstrittenen Dienstleistungsrichtlinie äußert Schröder erneut Kritik, allerdings bleibt die konkrete Position wolkig. Eine eindeutige Ablehnung des umstrittenen Herkunftslands-Prinzip sucht weiterhin vergebens:

„Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang etwas sagen zu einer Diskussion über ein europäisches Vorhaben, das nicht nur in Deutschland die Menschen bewegt, sondern auch in unseren Nachbarländern: Ich meine die Dienstleistungsrichtlinie. Klar ist zunächst: Die Fehlentwicklungen, die ich eben skizziert habe, haben mit der Dienstleistungsrichtlinie nichts zu tun: weil sie noch nicht gilt. Und ganz klar ist auch: So wie Herr Bolkestein, der ehemalige EU-Kommissar, sie sich vorgestellt hat, wird sie nicht in Kraft treten.“

5. Zusammenfassung

Nach unserer Einschätzung hat die Rede von Gerhard Schröder einige gute Angriffslinien für die nächsten Monate gegenüber der CDU/CSU auf gemacht . Sie schlägt die Brücke zur Agenda 2010, verschiebt jedoch deutlich den Akzent in sozialdemokratische Logiken. Allerdings – und das kann nicht übersehen werden – bleibt sie unterm Strich beschäftigungspolitisch weitgehend wirkungslos. Die letzten Tage haben gezeigt, dass viele Genossinnen und Genossen schlicht misstrauisch bleiben, selbst da wo der Wortlaut bekannt und für o.k. befunden wird. Zu oft wurden in Verhandlungen sozialdemokratische Positionen verwässert und aufgegeben. Dennoch: Es gibt Anknüpfungspunkte, die wir nutzen sollten. Es gibt die Notwendigkeit der Auseinandersetzung. Wer die Provokation und krude Marktlogik von Köhler und Merkel nicht ernst nimmt, wird böse aufwachen. Eine Welle der Zweifel brandet derzeit durch die SPD. Viele davon kennen wir, verstehen wir, zulassen muss man sie auch hier und da - aber darin ertrinken darf man nicht. Es geht nicht darum ob man Schröder glaubt, sondern ob man in die Zukunft der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands investieren will. Man muss.
